

**2 Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 2006 und Gesetz zur Änderung haushaltswirksamer Landesgesetze (Haushaltsstrukturgesetz 2006)**

Gesetzentwurf  
der Landesregierung  
Drucksachen 14/1000 und 14/1500

Beschlussempfehlungen und Berichte  
des Haushalts- und Finanzausschusses  
Drucksachen 14/1700 – 14/1706, 14/1708, 14/1710 – 14/1715, 14/1720

In Verbindung damit:

**Mittelfristige Finanzplanung (MFP) des Landes Nordrhein-Westfalen für die Jahre 2005 bis 2009**

Drucksache 14/1101

Und:

**Gesetz zur Regelung der Zuweisungen des Landes Nordrhein-Westfalen an die Gemeinden und Gemeindeverbände im Haushaltsjahr 2006**

Gesetzentwurf  
der Landesregierung  
Drucksache 14/1102

Beschlussempfehlung und Bericht  
des Haushalts- und Finanzausschusses  
Drucksache 14/1717

zweite Lesung

**Teilbereich „Gesundheit“**

**Oskar Burkert** (CDU): Sehr verehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Die Haushaltslage des Landes Nordrhein-Westfalen ist hinlänglich bekannt. Die Schuldenstand nach Rot-Grün betrug zum Jahreswechsel 112 Milliarden €.

(Rainer Schmeltzer [SPD]: Herr Burkert hat auch den Redebaustein gefunden!)

Das bedeutet: pro Tag 14 Millionen € Zinsen, oder: pro Sekunde 160 € Zinszahlungen.

(Zuruf von Hannelore Kraft [SPD])

Das ist der Stundenlohn von sieben bis acht Facharbeitern. Das ist ein Kahlschlag, Herr Bischoff.

(Beifall von der CDU – Rainer Schmeltzer [SPD]: Das findet aber nicht sehr viel Beifall in Ihren Reihen!)

Durch Rot-Grün hat NRW jahrzehntelang über seine Verhältnisse gelebt. Der Landeshaushalt ist zu einem Sanierungsfall geworden. Um Handlungsspielräume zurückzugewinnen, muss ein strikter Konsolidierungskurs gefahren werden.

Das gilt beispielsweise neben den vielen anderen Landesaufgaben auch für den Maßregelvollzug. Trotz der Einsparungen ist es unabdingbar, einen sicheren, effektiveren Maßregelvollzug zu gewährleisten. Das gegenwärtige Kostenniveau des nordrhein-westfälischen Maßregelvollzuges liegt über dem Durchschnitt des der anderen Länder und ist daher kritisch zu prüfen. Dabei hat die Sicherheit der Bevölkerung und der Beschäftigten die höchste Priorität.

(Rainer Schmeltzer [SPD]: Dann reden Sie mal mit denen! Das ist doch bei Ihnen in der Nähe!)

Doch den Bürgern ist das Kostenniveau von 250 € pro Tag nicht mehr zu vermitteln. Bündnis 90/Die Grünen wollen aber laut Antrag noch 11,7 Millionen € ohne Deckungsvorschlag draufsatteln.

Es muss eine Senkung der Kosten erfolgen, ohne dass die Sicherheit beeinträchtigt wird. Die Landschaftsverbände arbeiten bereits an Vorschlägen für Einsparungen.

Im „Kölner Stadt-Anzeiger“ vom 29. April heißt es: Grüne fordern verschärftes Sparen. 20.000 Stellen in den Ministerialbüros müssen abgebaut werden.

Wer hat denn dafür gesorgt, dass wir eine überbordende Verwaltung haben? – Die damaligen Staatssekretäre Morgenstern und Griese. Gehörten sie nicht der ehemaligen Regierung an, und tragen sie dann nicht auch Schuld an diesem Haushaltsdesaster?

(Rainer Schmeltzer [SPD]: Waren die im Gesundheitsministerium?)

Oder gibt es jetzt wegen des Doppelnamens Bündnis 90/Die Grünen eine Einteilung? – Die einen sind verantwortlich für die Schulden und für die zusätzlichen Forderungen im Haushalt 2006 – Bündnis 90 –, und für die Einsparung stehen die Grünen. Die einen haben in unverantwortlicher Weise das Geld von Kindern verfrühstückt, die noch gar nicht geboren sind. Die anderen empfehlen jetzt, Stellen abzubauen, Wasserentnahmegeld für den Braunkohletagebau und Abwärmeabgaben für Kraftwerke einzuführen, die jeden Bürger wiederum zusätzlich schröpfen.

(Rainer Schmeltzer [SPD]: Wo ist denn die Gesundheitspolitik, Herr Kollege?)

Bitte, liebe Kollegen von Bündnis 90/Die Grünen, gehen Sie erst einmal in Klausur, diskutieren Sie intensiv, ausdauernd und ergebnisoffen.

(Rainer Schmeltzer [SPD]: Wir sind bei der Gesundheitspolitik!)

Vielleicht einigen Sie sich darauf, was Sie überhaupt wollen.

(Rainer Schmeltzer [SPD]: Gucken Sie noch mal auf die Tagesordnung! Wir reden über Gesundheitspolitik!)

Wir werden die von Ihnen zusätzlich gestellten Anträge wie schon im Ausschuss für Arbeit, Gesundheit und Soziales ablehnen, da ihnen keine entsprechenden Deckungsvorschläge gegenüberstehen. Ziel ist es, den Haushalt Nordrhein-Westfalens zu konsolidieren und damit das Land zukunftsfähig zu gestalten. Wir brauchen intelligente, gerechte und zukunftsfähige Ansätze, und die sind mit diesem Haushalt bereits eingebracht.

(Beifall von Manfred Kuhmichel [CDU])

Mit der CDU/FDP-geführten Landesregierung hat das Land gute Jahre vor sich. – Ich danke Ihnen.

(Beifall von CDU und FDP)